

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 5 (1977)

DOI: 10.11588/fr.1977.0.48700

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

KLAUS HILDEBRAND

DIE DEUTSCHE REICHSGRÜNDUNG IM URTEIL DER  
BRITISCHEN POLITIK\*

I

Im Rahmen der jährlich stattfindenden »Montague Burton Lecture on International Relations« nahm der englische Historiker James Joll 1969 unter dem Thema »Europe. A Historian's View« auch zur Frage des deutschen Nationalstaates und seiner Wiedervereinigung Stellung.<sup>1</sup>

»The present European community would, I believe, be impossible to maintain in its present form if Germany were ever to be re-united, since in that case we would be presented with a recurrence of the historical situation which we have already experienced before 1914 and between the wars, in which the natural economic, demographic and geographical strength of Germany would be such as to threaten the European balance, and thus make the only form in which Europe might possibly unite that of a Europe under German hegemony. On the other hand, we can also speculate whether the reunification is as inevitable on historical and political grounds as most Germans have to maintain that it is. After all, the Germany the reunification of which is demanded only existed as a unified state for 75 years. Must we necessarily accept this as a fixed historical pattern to which we are bound to return«?

Klar tritt in diesen gegenwartsbezogenen Überlegungen eines englischen Historikers die Ablehnung der Wiederherstellung des am 18. Januar 1871 gegründeten, im Zweiten Weltkrieg zerstörten und sodann aufgeteilten kleindeutschen Nationalstaates zutage. Sie veranlaßt dazu, die Frage zu stellen, ob die britische Weltpolitik bereits zeitgenössisch, d. h. in den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts, Bismarcks Reichsgründung mit den britischen Interessen und mit dem Bestand der europäischen Staatenordnung für unvereinbar hielt. Das englische Urteil

---

\* Bei dem Folgenden handelt es sich um den leicht überarbeiteten und um Anmerkungen ergänzten Text eines Vortrages, den der Vf. am 14. 3. 1977 im Deutschen Historischen Institut Paris gehalten hat. Der Aufsatz unterbreitet in gedrängter Form einige Überlegungen, Thesen und Ergebnisse, die im Zusammenhang mit einer in Vorbereitung befindlichen, auf ausgiebigen Archivstudien in England basierenden Monographie über »Großbritannien und die deutsche Reichsgründung 1865–1879« zu sehen sind.

<sup>1</sup> J. JOLL, A Historian's View. The Twenty-Seventh Montague Burton Lecture on International Relations, Leeds University Press 1969, S. 20.

über das in den drei Einigungskriegen geschaffene Deutsche Reich erscheint insofern untersuchenswert, als ja der britisch-deutsche Antagonismus für die Geschichte des 20. Jahrhunderts entscheidend geworden ist.<sup>2</sup> Zu fragen ist dabei nach der Bedeutung, die die englische Weltmacht Preußen bzw. Preußen-Deutschland während der Reichsgründungsära in den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts zumaß – das heißt, in einem Zeitraum britisch-preußischer bzw. britisch-deutscher Beziehungen, *b e v o r* Großbritannien sich durch Bismarcks kolonialpolitischen Schritt nach Afrika in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts nunmehr auch von dem Deutschen Reich in seinen weltpolitischen Interessen behelligt fühlte, *b e v o r* die Nachfolger Bismarcks in der Wilhelminischen Ära Großbritannien durch den Flottenbau zentral herausforderten und *b e v o r* die beiden Weltkriege in England in breitem Maße das Gefühl der Unverträglichkeit der Existenz des deutschen Nationalstaates mit der europäischen Friedensordnung aufkommen ließen. Angesichts der zuletzt genannten Tatbestände ist nämlich die Geschichtswissenschaft nur allzu leicht geneigt, auch das britisch-preußische bzw. britisch-deutsche Verhältnis während der sechziger und siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts unter dem Eindruck des vorbelastenden Wissens um den verhängnisvollen Verlauf der englisch-deutschen Beziehungen in den nachfolgenden Jahrzehnten zu betrachten und dabei immer wieder auf die Besonderheit der Haltung Großbritanniens gegenüber Bismarcks Preußen und dem jungen deutschen Nationalstaat zu verweisen.<sup>3</sup> Und in der Tat scheinen beispielsweise schon die Begebenheiten der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts ein solches Urteil auf den ersten Blick zu bestätigen: Damals begann Bismarcks Preußen, die Landkarte Mitteleuropas gewaltsam zu verändern und den kontinentaleuropäischen Status quo kriegerisch zu revidieren. Die britische Weltmacht dagegen war daran interessiert, außenpolitisch den Status quo im großen und ganzen zu bewahren und sich innenpolitisch vergleichsweise ungestört der Aufgabe dringend gewordener Reformen zu widmen. Der einen Macht war an der Erhaltung des außenpolitischen Bestandes gelegen, um sich auf den Vorrang des innenpolitischen Wandels konzentrieren zu können. Demgegenüber strebte Bismarck nach außenpolitischer Revision und suchte damit zugleich die Erfüllung der liberalen Forderungen nach innenpolitischer Reform zu umgehen. Liegen in so gegensätzli-

<sup>2</sup> L. DEHIO, Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte, Krefeld 1948, besonders S. 201.

<sup>3</sup> Vgl. zu diesem Problem auch den Aufsatz von L. GALL, Bismarck und England, in: Aspekte der deutsch-britischen Beziehungen im Laufe der Jahrhunderte (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Band 4), Stuttgart 1978, S. 46ff. der seinerseits die deutsch-englischen Beziehungen aus der Sicht Bismarcks betrachtend, das Urteil über das »Sonderverhältnis« zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien zurückweist.

dem Verständnis der innen- und außenpolitischen Interessen zweier im Staatensystem einander begegnender Partner nicht bereits unüberbrückbare Konflikte begriffen? Ja, mußte sich nicht eine solche scheinbar vorgegebene Konfliktlage nach dem Machtzuwachs, der Preußen-Deutschland durch den Sieg über Frankreich zuteil wurde, in den siebziger Jahren notwendig verstärken, als Deutschland anstelle von Frankreich Großbritannien als potentielle Hegemonialmacht gegenübertrat und, vom außenpolitischen Interessenbereich einmal abgesehen, die konservative Verfaßtheit des preußisch-deutschen Konstitutionalismus von seiten des liberalen und parlamentarischen England aus doch zumindest argwöhnisch, ja, ablehnend angesehen wurde? Sind mithin nicht bereits während der Reichsgründungszeit, also lange vor Bismarcks konservativer Wendung am Ende der siebziger Jahre und lange vor den ausschlaggebenden kolonial- und flottenpolitischen Entscheidungen des Reiches im Prinzip Ursachen wirksam und erkennbar, die letztlich aus innenpolitischer, ja, weltanschaulicher Verschiedenheit politischer Systeme heraus zum Gegensatz im außenpolitischen Feld drängten und die Raymond J. Sontag in seiner großen Studie über »Germany and England. Background of Conflict 1848–1894« so beurteilte:<sup>4</sup> »Friendship was impossible between liberal England and Bismarckian Germany. To Gladstone, the Germans were foes of freedom; to Bismarck, Gladstone was a hypocritical demagogue.« Erschien die Existenz des deutschen Nationalstaates den Repräsentanten der englischen Weltpolitik bereits zeitgenössisch in den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts aus wirtschaftlichen, demographischen, geographischen, machtpolitischen und ideologischen Motiven heraus als mit ihren Interessen so unvereinbar, wie es heute nach den Erfahrungen zweier, vom deutsch-englischen Gegensatz in ihrer Entstehung maßgeblich mitbestimmter Weltkriege oftmals angenommen wird?

Diese Frage kann im folgenden nicht in Form einer gleichsam lückenlosen Darstellung beantwortet werden, die die Geschichte der britisch-deutschen Beziehungen jener Jahre präsentierte. Vielmehr sollen lediglich einige – allerdings: zentrale – Grundzüge und Grundprobleme britischer Weltpolitik unter innen- und außenpolitischem Gesichtspunkt im Hinblick auf Englands Haltung zu Preußen bzw. zum Deutschen Reich erörtert werden.

## II

Dazu sollte man sich vorab vor Augen führen, daß die Ansicht der älteren deutschen Geschichtsschreibung zu revidieren ist, derzufolge Groß-

<sup>4</sup> R. J. SONTAG, *Germany and England. Background of Conflict 1848–1894*, New York 1964 (Erstauflage 1938), S. 94.

britannien seit den deutschen Einigungsbemühungen in den Jahren 1848/50 der Gründung eines Deutschen Reiches konsequent entgegengewirkt habe.<sup>5</sup> »Mittelbar oder unmittelbar, ganz oder halb«, so heißt es in einem im Jahre 1900 in London von Erich Marcks gehaltenen Vortrag,<sup>6</sup> »hat es [= England] stets bei den Gegnern, niemals bei den Freunden unserer Einigung gestanden.« Demgegenüber wissen wir heute, nicht zuletzt schon seit den Arbeiten von Veit Valentin, danach durch die Studien von Werner Mosse und Richard Millman,<sup>7</sup> daß Großbritannien von den Tagen Palmerstons bis in die Zeit Lord Clarendons, also von der Mitte des Jahrhunderts bis zum deutsch-französischen Krieg, im Prinzip gegenüber einer Einigung Deutschlands gar nicht so abgeneigt war. Gewiß, es gab verschiedene Ansichten über ihre Modalitäten, doch wurde der Einigungsvorgang von den britischen Regierungen und beiden Parteien zeitweise sogar begrüßt. Im Zeitraum vor Bismarcks Regierungsantritt war dies zum einen durch die Aussicht auf einen geschlossenen, von lästigen Zollschranken befreiten Wirtschaftsraum in Mitteleuropa begründet, der für Großbritannien zu einem attraktiven Handelspartner werden konnte. Dazu veranlaßte zum anderen die Tatsache, daß auf diesem Wege eine starke Macht in der Mitte Europas als Balance gegenüber den für England auf dem Kontinent entscheidenden Rivalen Frankreich und Rußland entstand. Beide Überlegungen tauchten in der Gedankenbildung englischer Staatsmänner und Diplomaten immer wieder auf und bestimmten sie dazu, sich den Einigungsbestrebungen nicht grundsätzlich entgegenzustellen.<sup>8</sup> Ob sich hinter dem oft wohlwollenden, oft auch gleichgültigen Gewährenlassen der deutschen Einigungsbemühungen von seiten der britischen Politik ein besonderes Verhältnis zu Deutschland verbarg – wie es in negativer Einschätzung des Sachverhalts von der älteren deutschen Historiographie durchgehend unterstellt wurde –, ist kaum anzunehmen.

Tatsächlich waren es ja besonders nach dem Ende der »Ära Palmer-

<sup>5</sup> Siehe dazu ausführlicher meinen Aufsatz: Von der Reichseinigung zur »Krieg-in-Sicht«-Krise. Preußen-Deutschland als Faktor der britischen Außenpolitik 1865–1875, in: M. STÜRMER (Hrsg.), *Das kaiserliche Deutschland, Politik und Gesellschaft 1870–1918*. Düsseldorf 1970, S. 215, bes. Anmerkung 78.

<sup>6</sup> E. MARCKS, *Englands Machtpolitik. Vorträge und Studien*. Neu herausgegeben und eingeleitet von W. ANDREAS, Stuttgart/Berlin 1940, S. 52.

<sup>7</sup> V. VALENTIN, *Bismarcks Reichsgründung im Urteil englischer Diplomaten*, Amsterdam 1937; W. E. MOSSE, *The European Powers and the German Question 1848–1871. With Special Reference to England and Russia*, Cambridge 1958; R. MILLMAN, *British Foreign Policy and the Coming of the Franco-Prussian War*, Oxford 1965.

<sup>8</sup> Vgl. dazu beispielsweise schon Palmerstons Ausführungen in seinem »Memorandum on Relations with Germany« vom 16. 9. 1847, das einer deutschen Einigung im Prinzip nicht ablehnend gegenüberstand, vor den für Großbritannien unübersehbaren Gefahren einer protektionistischen Politik des Zollvereins jedoch eindringlich warnte. Jetzt wieder abgedruckt bei K. BOURNE, *The Foreign Policy of Victorian England 1830–1902*, Oxford 1970, S. 277 ff.

ston« im Jahre 1865 vorerst einmal innenpolitische Probleme, die Großbritanniens Aufmerksamkeit voll in Anspruch nahmen, die das Land zuweilen sogar bürgerkriegsähnlichen Szenen gleichende Tumulte erleben ließen und die in der großen Wahlrechtsreform des Jahres 1867 sodann eine erste vorläufige Lösung fanden.<sup>9</sup> Sie war ihrerseits nur der Auftakt für die Reformpolitik im *Great Ministry* Gladstones während der Jahre zwischen 1868 und 1874. Das Unbehagen gegenüber dem innenpolitischen Immobilismus der fünfziger und beginnenden sechziger Jahre, der die Verwerfungen zwischen wirtschaftlich-sozialer Entwicklung einerseits und politischer Repräsentation andererseits beispielsweise im Bereich des Wahlrechts kraß hervortreten ließ, war weit verbreitet. Es bestimmte dazu, die vorhandenen politischen Energien des Landes auf innenpolitischem Gebiet zu investieren und dementsprechend im außenpolitischen Feld Zurückhaltung zu üben. Dieser das Land beherrschenden Empfindung verlieh Lord Stanley, konservativer Außenminister im Jahre 1867 – für Großbritannien das Jahr der Reform Bill, für Europa das Jahr der Krise um Luxemburg – folgenden Ausdruck:<sup>10</sup> *We are unusually free from diplomatic trouble: which is fortunate, as there will be plenty of parliamentary work on hand.*

Sofern aber außenpolitische Fragen die verantwortlichen Politiker beschäftigten, rangierten die kontinentaleuropäischen Belange nicht eben hoch. Als beispielsweise im Frühjahr 1866 der österreichisch-preussische Konflikt bereits alle Kabinette Europas vollauf beschäftigte, ließ der englische Regierungschef, Earl Russell, seinen Außenminister, Lord Clarendon, am 29. April wissen, Großbritanniens Beziehungen mit den Vereinigten Staaten erschienen ihm *more important than those with Europe*.<sup>11</sup> Der europäische Kontinent stellte damals kaum ein erstrangiges Betätigungsfeld britischer Außenpolitik dar. Selbst der kriegerische Revisionismus Preußens beeinträchtigte die britischen Interessen in Europa nicht in einem solchen Maße, das England gezwungen hätte, von seiner Politik der *dignified intelligent non intervention*<sup>12</sup> abzugehen. Denn er gefährdete

<sup>9</sup> Siehe dazu allgemein F. B. SMITH, *The Making of the Second Reform Bill*, Cambridge 1966, und M. COWLING, *Disraeli, Gladstone and Revolution. The Passing of the Second Reform Bill*, Cambridge 1967.

<sup>10</sup> Public Record Office (zukünftig abgekürzt: PRO), Foreign Office (zukünftig abgekürzt: FO) 356/33, Stanley an Bloomfield vom 12. 3. 1867. – Modernisierungen der Schreibweise sowie Korrekturen offensichtlicher Fehler in den hier zitierten Dokumentenauszügen wurden stillschweigend vorgenommen.

<sup>11</sup> Bodleian Library Oxford (zukünftig abgekürzt: BLO), Nachlaß Clarendon dep. c. 93, Russell an Clarendon vom 29. 4. 1866.

<sup>12</sup> R. WEMYSS (Hrsg.), *Memoirs and Letters of the Rt. Hon. Sir Robert Morier, G.C.B., from 1826 to 1876*, London 1911, Bd. 1, S. 408. Zum Problem der »Non-Intervention« – Politik neuerdings C. HOWARD, *Britain and the Casus Belli 1822–1902*, London 1974, S. 64 ff.

in seiner ausschließlich mitteleuropäisch und kontinental dimensionierten, weder das Hegemonial-, noch das Kolonial- noch das Flottenproblem aufwerfenden Orientierung keine britischen Belange. Darüber hinaus aber war in zumindest ebenso hohem Maße entscheidend, daß die auf Zurückhaltung bedachte Politik des Non-Interventionismus die Voraussetzung für das Gelingen der innenpolitischen Reform darstellte, die dem Land seine parlamentarische Gestalt erhielt und es vor revolutionären Erschütterungen ebenso wie vor cäsaristischen Lösungsmöglichkeiten<sup>13</sup> bewahrte. Dabei war der Non-Interventionismus niemals ein Dogma im Sinne der Vorstellungen von Richard Cobden, sondern immer eine Funktion der *British Interests*, d. h.: Bei Bedarf war Großbritanniens Außenpolitik auch in der damaligen Phase durchaus zu politischem und militärischem Eingreifen bereit – in Übersee ganz gewiß, wie beispielsweise die abessinische Expedition von 1868 zeigen mag. Aber auch im Hinblick auf die Wahrung der europäischen *essentials* englischer Weltpolitik – zu denken ist dabei etwa an die Neutralität Belgiens oder die Stellung Konstantinopels – wurde die Intervention als Möglichkeit stets erwogen. Die *Non-Intervention*-Politik war keineswegs ein Ausdruck von Schwäche oder Dekadenz oder gar ein Zeichen dafür, daß England als Großmacht abgedankt hatte, wie Bismarck es in Verkennung der Auswirkungen der englischen Wahlrechtsreform von 1832 zuweilen unterstellte. Seinem Urteil zufolge war aus Großbritannien seit jener Zeit ein Land geworden, in dem der Staatsmann und der Diplomat längst abgesetzt worden seien und die *Preßbengel* das Regiment führten.<sup>14</sup> Solche Kritik, die auch in Großbritannien beispielsweise von Lord Napier und Lord Lytton – Verehrern der Bismarckschen Realpolitik – geäußert wurde, nistete sich beharrlich und in der wissenschaftlichen Literatur nach wie vor auffindbar in der historischen Urteilsbildung ein.<sup>15</sup> Sie übersieht die entscheidenden

<sup>13</sup> Vor dem Gebrauch sog. Bonapartismus- bzw. Cäsarismus-Theorien und Begriffe warnt L. GALL, Bismarck und der Bonapartismus, in: Historische Zeitschrift 223 (1976), S. 618 ff.

<sup>14</sup> Zit. nach E. EYCK, Bismarck, Bd. 1, Erlenbach-Zürich 1941, S. 276. Diese Fehleinschätzung Großbritanniens, seiner politischen Kultur und seiner (außen-)politischen Leistungsfähigkeit durch (preußisch-)deutsche Staatsmänner und Historiker sollte als »Kontinuität des Irrtums« in der deutschen Geschichte das Zeitalter Bismarcks lange überdauern. Vgl. in diesem Zusammenhang beispielsweise auch das von Kurt Rheindorf gefällte Urteil über England in der Reichsgründungsära, das ihm als »verfallen« erschien. K. RHEINDORF, Die Schwarze-Meer-(Pontus-)Frage vom Pariser Frieden von 1856 bis zum Abschluß der Londoner Konferenz von 1871. Ein Beitrag zu den orientalischen Fragen und zur Politik der Großmächte im Zeitalter Bismarcks, Berlin 1925, S. 62, vgl. in diesem Sinne auch S. 63. Siehe ferner die Studie von G. BRÜNS, England und der Deutsche Krieg 1866, Berlin 1933, S. 211, der sich in diesem Zusammenhang auf einschlägige Äußerungen Heinrich von Treitschkes stützt (siehe bes. S. 213).

<sup>15</sup> Vgl. BOURNE, Foreign Policy, S. 119, und H. BURCKHARDT, Deutschland. England. Frankreich. Die politischen Beziehungen Deutschlands zu den beiden westeuropäischen

innen- und außenpolitischen Motive der *Non-Intervention*-Politik, sie erkennt nicht den Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik, der ein Abrücken von der Rolle des Weltpolizisten der Palmerston-Ära gebot, um den Bestand des britischen Parlamentarismus möglicherweise vor verhängnisvollen Verformungen zu bewahren, die letztlich auch für die Existenz des Empire gefährlich werden konnten. In diesem Zusammenhang umriß Russell angesichts innenpolitisch wohl unumgänglicher Reformnotwendigkeiten und außenpolitisch globaler Verpflichtungen prägnant die Grenze britischer Macht und Möglichkeiten in einem Gespräch mit der stets auf den Kontinent fixierten und interventionistisch gesonnenen Königin am 1. April 1866:<sup>16</sup> *The military and pecuniary resources of England must be husbanded with the utmost care.*

Doch abgesehen von dem Vorrang der Reformaufgaben, die England

---

Großmächten 1864–1866, München 1970, bes. S. 267. Siehe in diesem Zusammenhang auch das den von der Forschung bislang noch nicht ausgewerteten, erst seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zugänglichen Amthill Papers entnommene, pointierte Urteil des britischen Sonderbotschafters in Versailles, Odo Russell, der, unter dem Eindruck des preußisch-deutschen Sieges über Frankreich und von Bismarcks Persönlichkeit beeindruckt (*a man of genius*. PRO FO 918/85, Odo Russell an seine Mutter (Maschinenschriftl. Kopie) vom 23. 11. 1870), gegenüber seinem Bruder Arthur, einem der zum Flügel der *Old Whigs* gehörenden Parlamentarier der liberalen Partei, am 11. 2. 1871 äußerte: *My impression is that we have too readily accepted the position of a second class power Bismarck has assigned to us. We have scarcely had the courage of our opinion and have looked on too patiently from our »Happy England« als unten tief in der Türkei die Völker aufeinander schlugen. Gladstone's foreign policy is »la politique de la décadence«.* PRO FO 918/84, Odo Russell an Arthur Russell (Maschinenschriftl. Kopie) vom 11. 2. 1871. Siehe auch die Bemerkung von Lord Lytton, der 1876 Vizekönig von Indien wurde, in einem Brief an Sir Robert Morier, einen der besten Deutschlandkenner des Foreign Office (Über Moriers – seiner diplomatischen Tätigkeit in Deutschland folgende – Karriere, insbesondere als Botschafter in St. Petersburg, informiert die Biographie von A. RAMM, *Sir Robert Morier. Envoy and Ambassador in the Age of Imperialism 1876–1893*, Oxford 1973), vom 22. 1. 1872: *To tell you the truth, I have absolutely no belief in the possibility now, or at any future time, of an energetic foreign policy on our part, – even on behalf of peace . . . I don't think our international nihilism can fairly be laid at the door of any particular cabinet. It is the result of social and political conditions which will not be changed by any change of ministry. We are no longer a homogeneous nation. There is no one class of English society which is in a position to speak or act, towards foreign nations on behalf of all the others. And there is not a single foreign question on which even the individual members of the same class are unanimous.* Balliol College Library, Oxford (zukünftig abgekürzt: BCLO), Nachlaß Morier, Lytton an Morier (Maschinenschriftl. Kopie) vom 22. 1. 1872. Die Reihe solcher die englische Außenpolitik und das System des britischen Parlamentarismus im Vergleich mit dem kraftvollen, kriegerischen und siegreichen Vorgehen Bismarcks verzeichnender Urteile ließe sich fortsetzen, wenn in bezug auf die angeführten englischen Einschätzungen insgesamt auch nicht zu übersehen ist, daß sie für das Empfinden und Handeln der Mehrzahl der britischen Führungsschicht und ihrer politischen Vertreter kaum repräsentativ gewesen sein dürften.

<sup>16</sup> Royal Archives Windsor (zukünftig abgekürzt: RA), I 43/161, Russell an Königin Viktoria vom 1. 4. 1866. Erwähnung des Dokuments, freilich nicht des oben angeführten Zitats, auch bei Mosse, *European Powers*, S. 230, Anmerkung 6.

dazu veranlaßten, von den Vorgängen auf dem europäischen Kontinent vorläufig abzurücken, empfand Großbritannien sich in den Jahren der Reichsgründungszeit schon längst nicht mehr als eine in erster Linie europäische Macht. Disraeli betonte gerade diesen Tatbestand damals in einer Rede, die er anläßlich der Übernahme der Regierung durch das Reformkabinett Lord Derby im Juni 1866 hielt und in der er treffend die Politik des Non-Interventionismus beschrieb:<sup>17</sup>

*The abstention of England from any unnecessary interference in the affairs of Europe is the consequence, not of her decline of power, but of her increased strength. England is no longer a mere European Power; she is the metropolis of a great maritime empire, extending to the boundaries of the farthest ocean. It is not that England has taken refuge in a state of apathy, that she now almost systematically declines to interfere in the affairs of the Continent of Europe. England is as ready and as willing to interfere as in old days, when the necessity of her position requires it. There is no Power, indeed, that interferes more than England. She interferes in Asia, because she is really more an Asiatic Power than a European. She interferes in Australia, in Africa, and New Zealand, where she carries on war often on a great scale. Therefore, it is not because England does not recognise her duty to interfere in the affairs of the Continent of Europe that persons are justified in declaring that she has relinquished her imperial position, and has taken refuge in the *otium cum dignitate*, which agrees with the decline of life, of power, and of prosperity. On the contrary, she has a greater sphere of action than any European Power, and she has duties devolving upon her on a much larger scale. Not that we can ever look with indifference upon what takes place on the Continent. We are interested in the peace and prosperity of Europe, and I do not say that there may not be occasions on which it may be the duty of England to interfere in European wars.*

Nur vor dem Hintergrund der hier ausführlich beschriebenen Grundsätze der *Non-Intervention*-Politik Großbritanniens in den sechziger und beginnenden siebziger Jahren läßt sich das äußerst verhaltene Interesse britischer Staatsmänner und Parlamentarier gegenüber Bismarcks außenpolitischem Revisionismus verstehen, der die *British Interests* im Kern letztlich kaum berührte oder gar verletzte. Englands kontinentaleuropäische Zurückhaltung, die ihrerseits Preußens kriegerisches Vorgehen erst zu ermöglichen mithalf und die die sich daraus ergebenden Konsequenzen als mit den Bedürfnissen britischer Weltpolitik vereinbar ansah, wird allein im Rahmen einer Interpretation verständlich, die die mannigfachen britischen Verpflichtungen in ihrer Interdependenz von Reform- und Empirepolitik zu begreifen versucht. In dieser innen- und weltpolitisch defi-

<sup>17</sup> W. F. MONYPENNY/G. E. BUCKLE, *The Life of Benjamin Disraeli. Earl of Beaconsfield*. New and revised edition in two volumes, London 1929, Bd. 2, S. 201.

nierten Perspektive, die für Großbritanniens Politik verbindlich war, erstaunt es dann kaum, daß Lord Clarendon am Vorabend des »Deutschen Krieges« 1866 äußerte:<sup>18</sup> *However much this country may regret to see Germany as prey to civil war, yet so long as the war is confined to Germany there is no British interest of sufficient magnitude to render imperative the tender of British good offices.*

Alles in allem hatte Großbritannien in den sechziger Jahren ganz andere Sorgen, als sich um mitteleuropäische Fragen zu kümmern, die ja dazu noch im Prinzip die für England erwünschte europäische Balance eher stärkten als gefährdeten. *England hat kein Interesse daran*, so umschrieb die »Saturday Review« am 25. 6. 1866 diesen von kontinentaleuropäischer und von preußisch-deutscher Seite oftmals nicht ausreichend, von Bismarck allerdings schon 1862 sehr klar erkannten Tatbestand,<sup>19</sup> *wie der Krieg die Besitzverhältnisse auf dem Kontinent ändern wird. Wir sind nicht mehr eine europäische Macht wie in den Tagen Wellingtons. Wir sind eine asiatische, eine maritime Macht. Die Dinge in Birma, Afghanistan und Nepal sind wichtiger für uns als die in Württemberg, Hannover und Hessen-Kassel . . .*

Ganz gewiß seit den Erfahrungen mit dem indischen Aufstand von 1857, in dessen Gefolge – also lange vor der heute von der Forschung teilweise so hoch veranschlagten Wendemarke der »Großen Depression«<sup>20</sup> – bereits Züge eines »neuen Imperialismus« zu entdecken sind,<sup>21</sup> widmeten sich die britischen Regierungen stärker der Sicherung ihres Empire. Dabei waren sie darauf bedacht, den Plänen Napoleons III., das Mittelmeer nach und nach zu einer französischen See zu machen, entgegenzuwirken, um den Weg nach Indien weiterhin ungehindert kontrollieren zu können. Sie beobachteten aufmerksam die russische Expansion in Zentralasien, die 1860 nach dem Urteil des damaligen preußischen Gesandten in St. Petersburg, von Bismarck, nur noch 80 Meilen von der Nordgrenze Britisch-Indiens entfernt war,<sup>22</sup> ohne jedoch dem Gedanken der in britischen militärischen Kreisen immer wieder erwogenen »Vorwärtsverteidigung« an der Nordwestgrenze Indiens, in Afghanistan oder Persien, je ernsthaft näherzutreten. Denn keines der englischen Kabinette glaubte wirklich dar-

<sup>18</sup> RA I/44 2, Copy Extract, F.O. vom 9. 4. 1866; auch zitiert bei MOSSE, *European Powers*, S. 236, Anmerkung 7.

<sup>19</sup> Zit. nach BRÜNS, *England und der Deutsche Krieg*, S. 103. Zu Bismarcks Einsicht aus dem Jahre 1862 vgl. GALL, *Bismarck und England*.

<sup>20</sup> Vgl. H.-U. WEHLER, *Bismarck und der Imperialismus*, Köln/Berlin 1969, S. 39 ff. (»Sozialökonomische Krisenzeit«), für England S. 47 f.

<sup>21</sup> Siehe dazu auch den sehr reflektierten Aufsatz von K. ROHE, *Ursachen und Bedingungen des modernen britischen Imperialismus vor 1914*, in: W. J. MOMMSEN (Hrsg.), *Der moderne Imperialismus*, Stuttgart u. a. 1971, S. 75 f.

<sup>22</sup> E. ZEHLIN, *Die Reichsgründung*, Frankfurt a. M./Berlin 1967, S. 29.

an, der Zar beabsichtige,<sup>23</sup> Großbritanniens reichste und wichtigste Kolonie zu erwerben. Im Gegenteil, im großen und ganzen waren alle englischen Regierungen daran interessiert, die sich aus der globalen Interessensrivalität mit Rußland ergebenden Probleme nicht auf dem Weg der Konfrontation, sondern durch Zusammenarbeit und Vereinbarung zu bereinigen – ein langfristig sich andeutender, seit dem Heidelberger Treffen vom Spätsommer 1869 zwischen Clarendon und Gortschakov zu beachtender und trotz aller Rückschläge in der orientalischen Frage auch anhaltender Zug britischer ebenso wie russischer Weltpolitik, den die Staatsmänner Preußen-Deutschlands erst sehr spät, wahrscheinlich zu spät, ausreichend erkannten.

Gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika hatte England Kanada zu behaupten und gleichzeitig dem britischen Handel den südamerikanischen Markt zu erhalten. Bereits seit der »Ära Palmerston« verfolgte London beide Ziele nicht zuletzt schon durch eine Politik der Defensive – Kenneth Bourne spricht im Hinblick auf Lord Aberdeens Amerikapolitik in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts von »Appeasement«<sup>24</sup> –

<sup>23</sup> Vgl. dazu das für die Einschätzung der britischen Politik gegenüber dem Zarenreich durchaus repräsentative Urteil, mit dem Arthur Russell in einem Brief an seinen Bruder Odo, den englischen Botschafter in Berlin, unter dem Datum des 4. 2. 1873 die russische Gefahr für Indien so umschrieb: *The annexation of India is a favourite plan of the Muscovite press, tho' perhaps not of Russian statesmen . . .* Privatbesitz Blakiston, London, Arthur Russell an Odo Russell (1871–1883), 4 Bde. (Kopien) (zukünftig zitiert: Arthur Russell an Odo Russell), hier: Arthur Russell an Odo Russell vom 4. 2. 1873. Durch freundliche Vermittlung von Herrn Archivoberrat Dr. Wilhelm Lenz (jetzt Bundesarchiv Koblenz) wurden mir in den Jahren 1970/71 die im privaten Besitz der Familie Blakiston befindlichen maschinenschriftlichen Kopien der Briefe von Arthur Russell an seinen Bruder Odo zugänglich gemacht. Sie konnten von der Forschung bislang noch nicht benutzt werden.

<sup>24</sup> BOURNE, *Foreign Policy*, S. 50 ff. Zu den Ursprüngen des Begriffs *Appeasement* im hier untersuchten Zeitraum vgl. auch P. KENNEDY, *The tradition of appeasement in British foreign policy 1865–1939*, in: *British Journal of International Studies* 2 (1976), S. 195 ff., bes. S. 199 f. Wenn es auch sinnvoll sein kann, *Appeasement* als zeitlich übergreifendes Merkmal englischer Außenpolitik im 19. und 20. Jahrhundert zu verstehen, das auf der einen Seite durchaus bereits vor Großbritanniens Begegnung mit den »revisionistischen« Staaten der Zwischenkriegsära des 20. Jahrhunderts zu beobachten ist und das auf der anderen Seite Englands Politik gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika sowie gegenüber der Sowjetunion in den vierziger und fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts kennzeichnen mag, so sollte der Begriff dennoch nicht allzu beliebig ausgeweitet werden. Gustav Schmidt hat in diesem Zusammenhang mit viel Berechtigung zu bedenken gegeben, daß Großbritannien es eben nur einmal mit Hitler zu tun gehabt habe. Vgl. dazu W.-D. GRUNER, »British Interest« in der Zwischenkriegszeit. Aspekte britischer Europa-Politik 1918–1938, in: K. BOSL (Hrsg.), *Gleichgewicht – Revision – Restauration. Die Außenpolitik der Ersten Tschechoslowakischen Republik im Europasystem der Pariser Vororteverträge*, München/Wien 1976, S. 89, Anmerkung 13. Zukünftig wird es für die Forschung darum gehen, die überepochal vorhandenen und die zeitlich gebundenen Züge britischer *Appeasement*-Politik differenzierend zu untersuchen und deutlich erkennbar zu machen. Siehe dazu auch meinen Diskussionsbeitrag anlässlich des deutsch-englischen Historikertreffens zur Darstellung der deutsch-engli-

gegenüber der amerikanischen Union, die aus innenpolitischen Motiven heraus für spektakuläre, kriegerische Unternehmen gegenüber Kanada als anfällig eingeschätzt wurde. In diesem Sinne zog sich Großbritannien aus Mittelamerika zurück und vermied sorgfältig jede bewaffnete Aktion, um politisch seine kanadische und wirtschaftlich seine südamerikanische Position zu behaupten. Endlich hatte London noch darauf zu achten, daß sich der Kontinent prinzipiell im Gleichgewicht befand, die Integrität Belgiens nicht verletzt wurde und – wenigstens damals noch – die Unversehrtheit des Ottomanischen Reiches und Konstantinopels erhalten blieb. Dazu hatte es das Treiben der Fenier in Amerika und in Europa zu kontrollieren, die irischen Unruhen einigermaßen erträglich zu gestalten und – last but by no means least – die notwendigen Reformen auf innenpolitischem Feld, beispielsweise im Wahlrecht, im Erziehungs-, Bildungs- und Universitätswesen, in der Armee, in den Kommunen und Körperschaften bis in den Sozialbereich hinein, durchzuführen bzw. einzuleiten. Daher hatte England gegenüber der Mehrzahl der kontinentalen Angelegenheiten und auch gegenüber Bismarcks revisionistischem Vorgehen in Mitteleuropa Abstand zu wahren, um seine eigenen innen- und außenpolitisch definierten *British Interests* verfolgen zu können, d. h. um seine politischen Institutionen an die Erfordernisse der Moderne anzupassen und sie damit zu verbessern und um sein Weltreich zu bewahren und zu festigen.

Verlassen wir an dieser Stelle für einen Augenblick exkursorisch unser Thema im engeren Sinne, betrachten wir einmal näher die spezifische Methode englischer Krisenbewältigung und versuchen wir, sie in die aktuelle Diskussion um den Begriff und die Theorie des Sozialimperialismus als angeblich krisenspezifischer Ausdrucksform industriekapitalistischer Gesellschaften im 19. und 20. Jahrhundert einzuordnen.<sup>25</sup> Für die britische Entwicklung repräsentativ und weit über den hier behandelten Zeitraum hinaus verbindlich, wählte die Mehrheit in der englischen Führungsschicht im innenpolitischen Bereich den Weg der Reformpolitik, um Inkongruenzen zwischen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen einerseits sowie politischer Repräsentation andererseits schritt- und annäherungsweise zur Deckungsgleichheit gelangen zu lassen. Dazu reduzierte sie die außenpolitische Aktivität des Landes eine Zeitlang auf das gerade noch vertretbare Mindestmaß, das für die Bewahrung des Empire nötig war. Denn

---

schen Beziehungen 1933–1945 im Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig vom 26.–29. Oktober 1976, abgedruckt in: Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographieunterricht XVII (1976), S. 276.

<sup>25</sup> Die Anwendbarkeit der »Sozialimperialismus«-Theorie auch auf die britische Entwicklung im Zeichen der sog. wirtschaftlichen Wachstumsstörungen nach 1873 wird – m. E. unzutreffend – von H.-U. WEHLER, *Bismarck und der Imperialismus*, S. 116, postuliert.

die Existenz des Weltreiches in seinen zentralen Teilen in Frage zu stellen, wurde selbst in Gladstones großem Reformkabinett nie ernsthaft diskutiert. Gewiß, es gab vornehmlich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer wieder Stimmen von politischen Theoretikern, aber auch von aktiven Politikern wie Joseph Chamberlain, Lord Rosebery oder Cecil Rhodes, die dafür plädierten, innere Krisen durch schwungvolle, imperialistische Außenpolitik zu überwinden. Teilweise waren sie dabei unübersehbar antiparlamentarisch orientiert und beklagten die Unvereinbarkeit von Parlamentarismus und Imperialismus, von Empire und Demokratie, die sie als eine Gefahr für die Existenz des Weltreiches heraufziehen sahen. Solche durchaus vorhandene und im Zeichen der Epoche des Imperialismus anschwellende Kritik, die für eine Methode sozialimperialistischer Krisenbewältigung eintrat, kam jedoch niemals repräsentativ zum Zuge: Diese Tatsache ist für den Gang der britischen Geschichte letztlich entscheidend geworden. Vorherrschend blieb vielmehr der andere Weg englischer Politik, nämlich innere Krisen durch politische, dann auch durch soziale Reformen integrierend beizulegen. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, fand Englands imperialistische Außenpolitik – und Joseph Chamberlain mußte dies ebenso erfahren und akzeptieren wie Lord Rosebery und andere mächtige Repräsentanten des britischen Imperialismus – ihre Grenze im Grunde dort, wo sie die Bedingungen und Erfordernisse des überlieferten Parlamentarismus wesentlich zu stören drohte.<sup>26</sup>

Diese für Großbritannien verbindliche Methode der Krisenbewältigung mag zeigen, daß industriekapitalistische Systeme offenbar nicht mit historischer Notwendigkeit oder hoher Wahrscheinlichkeit zur cäsaristischen Herrschaftsform und zur sozialimperialistischen Herrschaftsstrategie finden müssen. Großbritannien wählte im hier betrachteten Zeitraum, aber auch weit darüber hinausgehend, den genau umgekehrten Weg, mit den sich aus dem Industrialisierungsvorgang ergebenden Herausforderungen der Moderne im Rahmen seines politischen Systems fertigzuwerden. In der Regel wurden innere Schwierigkeiten nämlich nicht zielstrebig nach außen abgeleitet, sondern es wurde vielmehr umgekehrt verfahren: Durch eine Reduzierung der außenpolitischen Aktivität wurde die notwendige Integration des Landes auf dem Wege parlamentarisch kontrollierter Reform angestrebt. Mit anderen Worten: Nicht der Industriekapitalismus an sich oder seine Existenz in einem gewissen, übrigens ja immer nur sehr schwer beschreibbaren Stadium seiner Entwicklung sind für die Ausformung und Definition einer Politik in erster Linie entscheidend.

<sup>26</sup> Für Joseph Chamberlain vgl. R. V. KUBICEK, *The Administration of Imperialism: Joseph Chamberlain at the Colonial Office*, Durham, N.C. 1969, bes. 175 f.; für Rosebery siehe D. A. HAMER, *Liberal Politics in the Age of Gladstone and Rosebery. A Study in Leadership and Policy*, Oxford 1972, S. 248 ff.

Ausschlaggebend ist dafür vielmehr das überlieferte politische System eines jeden Landes, in dem bestimmte Werte, tradierte Methoden und auch die »unspoken assumptions« seiner führenden Schicht jeweils ausschlaggebend sind. In England waren es die historischen Voraussetzungen und Bedingungen seiner politischen Kultur, die nicht ausschließlich, aber doch in der Regel nahelegten, den Parlamentarismus nicht auf außenpolitischem Weg zu demontieren, sondern Außenpolitik vielmehr innerhalb der vom parlamentarischen System abgesteckten Grenzen zu betreiben und den Parlamentarismus als die für Großbritannien innen- und außenpolitisch angemessene und leistungsfähigste politische Verfassungs- und Regierungsform zu betrachten.

Kehren wir damit zu unserem speziellen Thema zurück: Preußens kriegerischer Revisionismus berührte zwischen 1864 und 1871 keine wesentlichen Interessen britischer Weltpolitik. Die Grenze des preußischen Vorgehens freilich, deren Überschreiten zum Konflikt mit England führen würde, definierte einer der erfahrensten britischen Diplomaten der Zeit, Lord Cowley, als er am 30. Juli 1866 anlässlich des preußisch-österreichischen Krieges von seinem Pariser Botschafterposten aus den ihm im Gegensatz zu Außenminister Lord Stanley nicht geheuren Machtzuwachs Preußens mißtrauisch beobachtete und prognostizierte:<sup>27</sup> *...if ever she [= Prussia] becomes a naval power she will give us trouble.* Im außenpolitischen und internationalen Feld, das für das Urteil der britischen Weltpolitik über Preußen erst einmal von vorrangigem Interesse war, läßt sich jedoch vorläufig durchaus eine Verträglichkeit zwischen Bismarcks kriegerischem Revisionismus und Englands Friedenspolitik feststellen. Sicherlich, in innenpolitischer Hinsicht mißtraute die Mehrzahl der britischen Staatsmänner Bismarcks »Junkerregiment«, als das man seine Politik zumeist kurzerhand abqualifizierte.<sup>28</sup> Ja, man hoffte durchweg auf

<sup>27</sup> PRO FO 519/233, Cowley an Bloomfield vom 30. 7. 1866; auch zitiert bei MILLMAN, *British Foreign Policy and the Coming of the Franco-Prussian War*, S. 36, Anmerkung 3.

<sup>28</sup> Vgl. die entsprechende Zusammenstellung der in diesem Sinne fast durchweg negativen Einschätzungen Bismarcks durch das englische Königshaus, die Premierminister, die Staatssekretäre des Auswärtigen, die Botschafter in Berlin und andere bekannte Persönlichkeiten in Großbritannien bei R. THIERSCH, *Bismarck im Urteil englischer Politiker und Diplomaten seiner Zeit 1862–1890*, Kulmbach 1941 (Dissertationsdruck), passim, bes. S. 19, S. 36 f., S. 60, S. 72 und S. 93. Angesichts solcher Beurteilungen Bismarcks und Preußens durch Repräsentanten der englischen Führungsschicht gewinnt jene Mahnung ihre Dimension, die Prinzgemahl Albert über den Prinzen von Wales dem preußischen König Wilhelm am 9. 9. 1861 zukommen ließ: *It is not a Cavour that Germany needs but a Stein.* Zit. bei VALENTIN, *Bismarcks Reichsgründung*, S. 161, Anmerkung 1. Dem ganz entsprechend nahm Königin Viktoria später in einem Brief an die preußische Königin Augusta ein Zitat ihres verstorbenen Gemahls auf: *Möge Preußen in Deutschland aufgehen, nicht Deutschland in Preußen.* Besorgt fragte die englische Monarchin sodann weiter: *Wird man das bei Euch verstehen?*

eine liberale Entwicklung im englischen Sinne, wenn erst einmal der alte König und der schreckliche Mann von »Eisen und Blut« – *the real king of Prussia*<sup>29</sup> – gegangen wären und der – in seinen Absichten und in seinem Vermögen vielleicht doch überschätzte – Kronprinz einst regieren würde.<sup>30</sup> Bald schon sollte die Entwicklung des neuen Nationalstaates zeigen, daß es gerade die Nationalliberalen waren, die in außenpolitischer Hinsicht möglicherweise für Englands Interessen problematischer sein würden, als der so argwöhnlich betrachtete *wicked man*,<sup>31</sup> der den kleindeutschen Nationalstaat geschaffen hatte.

---

RA I 46/157, Viktoria an Augusta (Abschrift) vom 8. 8. 1866. Ohne das Gewicht solcher Äußerungen und Urteile zu unterschätzen und ohne der Gefahr zu erliegen, Großbritanniens Verhältnis gegenüber Preußen bzw. Preußen-Deutschland zu harmonisch darzustellen, hat man sich dennoch grundsätzlich stets vor Augen zu führen, daß Preußen – und dies gilt mutatis mutandis auch für das junge Deutsche Reich – im hier behandelten Zeitraum kaum erstrangiges Interesse im Kalkül britischer Politiker besaß. Darüber hinaus hat man sich immer zu vergegenwärtigen, daß moralische und weltanschauliche Reserven gegenüber einem außenpolitischen Partner für Großbritannien erst in dem Augenblick entscheidend wurden, wenn es zu wesentlichen Interessenkonflikten im Feld der bilateralen Beziehungen bzw. der internationalen Politik kam.

<sup>29</sup> PRO FO 356/33, Clarendon an Bloomfield (privat) vom 28. 3. 1866; auch zitiert bei MILLMAN, *British Foreign Policy and the Coming of the Franco-Prussian War*, S. 14.

<sup>30</sup> Vgl. zu dieser englischen Haltung allgemein SONTAG, *Background*, S. 82, und G. HOLLENBERG, *Englisches Interesse am Kaiserreich. Die Attraktivität Preußen-Deutschlands für konservative und liberale Kreise in Großbritannien 1860–1914*, Wiesbaden 1974, S. 18. Hoffnungen auf eine Liberalisierung Preußens, wie sie beispielsweise für den Gedankenaustausch der Königin Viktoria und ihrer Tochter, der preußischen Kronprinzessin, charakteristisch waren, hegten übrigens nicht nur englische Hofkreise. Vielleicht weniger bekannt, politisch aber gewiß relevanter treten sie als Perspektive seiner Politik auch in Außenminister Clarendons Überlegungen zutage. Sie scheinen es gewesen zu sein, die den liberalen Lord Clarendon dazu bestimmten, von der im Grunde ungefährdeten Position Englands aus beobachtend abzuwarten, bis Preußen das Stadium der Ministerpräsidentschaft Bismarcks hinter sich gelassen und zu parlamentarischen Institutionen gefunden haben würde. Siehe dazu auch THIERSCH, *Bismarck im Urteil englischer Politiker*, S. 93. Denn Clarendons Überzeugung zufolge bewegte sich die zivilisierte Menschheit auf vernünftige und liberale, kurz: auf englische Zustände hin. Sehr deutlich tritt diese Haltung des Außenministers in seinen Überlegungen zutage, die ihn bei seiner – von Bismarck aus verständlichen Gründen zurückgewiesenen – Abrüstungsinitiative vom Winter 1869/70 trugen. In Verkennung der nationalen Wünsche weiter Kreise des preußischen und deutschen Bürgertums einerseits sowie der tatsächlichen Macht- und Verfassungsverhältnisse in Preußen andererseits ging er davon aus, daß das steuerzahlende Bürgertum es eines Tages ablehnen würde, weiterhin Geld für unproduktive Armeen bereitzustellen und mithin den Regierungen gar nichts anderes übrigbleiben werde als abzurüsten. *I quite agree with you*, so heißt es in einem Schreiben von Lord Clarendon an Lord Loftus vom 20. 10. 1869, *that the king [= Wilhelm I.] is in a b o r d a b l e about military reductions but I hope that the taxpayers bring him to understand their difficulties*. BLO, *Nachlaß Clarendon* dep. c. 474, Clarendon an Loftus vom 20. 10. 1869; auch zitiert bei MILLMAN, *British Foreign Policy and the Coming of the Franco-Prussian War*, S. 155. Interessanterweise begleitete ihn dabei die Vorstellung, auch der preußische Kronprinz teile seine Meinung in dieser Angelegenheit und habe sich dementsprechend geäußert. BLO, *Nachlaß Clarendon* dep. c. 148, Clarendon an Lyons vom 18. 12. 1868. Vgl. dazu auch SONTAG, *Background*, S. 83.

<sup>31</sup> Zit. nach HOLLENBERG, *Englisches Interesse*, S. 19.

## III

Was nun das Verhältnis der englischen Weltmacht zum neu gegründeten Deutschen Reich angeht, so ist zu prüfen, ob nach 1871 von jener besonderen Haltung Englands zu Deutschland gesprochen werden kann, die rückblickend oftmals als selbstverständlich angenommen wird.<sup>32</sup> Dazu wird man sicherlich alle jene Stimmen sorgfältig zu beachten, zugleich aber auch angemessen zu gewichten haben, die nach dem preußisch-deutschen Sieg über Frankreich und nach der Annexion von Elsaß und Lothringen über die neue kontinentale Vormacht urteilten.<sup>33</sup> Positive Einschätzungen dürften dabei sichtlich in der Minderzahl sein, und nur wenige mögen wie Thomas Carlyle den preußischen Sieg über Frankreich empfunden haben als *the hopefulest fact that has occurred in my time*.<sup>34</sup> Warnende Kommentare herrschten angesichts der französischen Niederlage und des deutschen Triumphes durchaus vor. Sie reichten von der Prophezeiung des englischen Diplomaten Sir Henry Bulwer, Europa habe anstelle einer *mistress* einen *master* erhalten,<sup>35</sup> bis hin zu der bekannten Äußerung des Oppositionspolitikers Disraeli, der das Ausmaß der »deutschen Revolution« in allen ihren primär für England folgenreichen Konsequenzen düster malte, um das vom *Gladstonianism* befallene, nur der inneren Reform zugewandte Land aufzurütteln und an seine außenpolitischen Aufgaben zu erinnern.<sup>36</sup> Wie es früher im Hinblick auf andere außenpolitisch als gefährlich beurteilte Hegemonialmächte des Kontinents der Fall war, so grassierte auch jetzt recht bald in Form des literarisch verbreiteten *Battle-of-Dorking-Fieber* die Vision einer deutschen Landung an der Küste von Dover.<sup>37</sup> Doch umgehend wurden solche Gerüchte von der Regierung in den Bereich der politischen Fabelwelt verwiesen,<sup>38</sup> und erstaunlich schnell reduzierte sich die verwirrende Vielfalt von Mei-

<sup>32</sup> Vgl. die Anmerkungen 3 und 4. Kritisch dazu HOLLENBERG, *Englisches Interesse*, S. 4.

<sup>33</sup> Dazu zuletzt knapp zusammenfassend ebd., S. 20 ff.

<sup>34</sup> Zit. nach E. EYCK, *Bismarck*, in: W. N. MEDLICOTT (Hrsg.), *From Metternich to Hitler. Aspects of British and Foreign History 1814–1939*, London 1969 (Erstauflage 1963), S. 168.

<sup>35</sup> J. MORLEY, *The Life of William Ewart Gladstone*, London 1903, Bd. 2, S. 357.

<sup>36</sup> MONYPENNY/BUCKLE, *Disraeli*, Bd. 2, S. 473 f.

<sup>37</sup> Vgl. zu dem im Mai 1871 in »Blackwood's Magazine« anonym erschienenen und bis zum Dezember des Jahres 1871 in 200 000 Exemplaren verbreiteten Artikel des bekannten Militärschriftstellers G. T. Chesney »The Battle of Dorking: Reminiscences of a Volunteer« die Studie von I. F. CLARKE, *Voices Propheying War 1763–1984*, London u. a. 1966, S. 30 ff.

<sup>38</sup> Zur Reaktion der »Times« gegenüber den *alarmists* siehe K. MEINE, *England und Deutschland in der Zeit des Übergangs vom Manchestertum zum Imperialismus 1871 bis 1876*, Vaduz 1965 (Erstauflage Berlin 1937), S. 56; zur Zurückweisung durch Premierminister Gladstone in seiner Rede in Whitby am 2. 9. 1871 vgl. CLARKE, *Voices*, S. 28 f.

nungen auf ein von dem Kabinett und dem Foreign Office recht nüchtern gefälltes Urteil über Englands Haltung zu Bismarcks Deutschland.

Ohne Zweifel war die Macht des neuen Nationalstaates gar nicht zu übersehen. In dieser Hinsicht galt allgemein, was der englische Botschafter in Berlin, Lord Odo Russell, bald schon so umschrieb:<sup>39</sup> *The importance of Berlin will be great a few years hence when the power of Germany is felt by all Europe.* Damit war aber keineswegs gesagt, daß das Deutsche Reich in irgendeiner Hinsicht für Englands Weltpolitik außergewöhnliche oder besondere Bedeutung erlangt hätte. Ein solcher Wandel in den bilateralen Beziehungen beider Staaten beginnt sich erst langsam und vorsichtig zu Beginn der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts anzudeuten, als »the opening of the Egyptian Question and the development of Bismarck's colonial policy brought Britain into new relations with Germany«<sup>40</sup> –

<sup>39</sup> PRO FO 391/22, Odo Russell an Hammond (privat) vom 21. 9. 1872.

<sup>40</sup> W. TAFFS, *Ambassador to Bismarck*. Lord Odo Russell, First Baron Ampthill, London 1938, S. 383.

<sup>41</sup> Siehe dazu auch P. E. SCHRAMM, *Englands Verhältnis zur deutschen Kultur zwischen der Reichsgründung und der Jahrhundertwende*, in: W. CONZE (Hrsg.), *Deutschland und Europa. Historische Studien zur Völker- und Staatenordnung des Abendlandes*. Festschrift für Hans Rothfels, Düsseldorf 1951, S. 138.

<sup>42</sup> Lord Arthur Russell gibt diesem sich in England nach der Sedanschlacht und dem Bekanntwerden der preußischen Annexionspläne gegenüber Elsaß und Lothringen verbreitenden Gefühl in einem Brief an Sir Robert Morier vom 3. 2. 1871 mit folgenden Worten Ausdruck: *Many friends of the Germans have been disappointed because they had always believed that all Germans were philosophers. In the same way all those who thought that wars were impossible, have been painfully surprised – these cases are not mine.* BCLO, Nachlaß Morier, Arthur Russell an Morier (Maschinenschriftl. Kopie) vom 3. 2. 1871. Ohne grundsätzlich dazu bereit zu sein, die für England vorteilhafte Neutralität gegenüber den kontinentalen Angelegenheiten zu verlassen und ohne in politischer bzw. militärischer Hinsicht auf das neu gegründete Deutsche Reich als »Feind« fixiert zu sein, ist dennoch kaum zu übersehen, daß – in weltanschaulicher Perspektive bemerkenswert und für die Zukunft der englisch-deutschen Beziehungen in Zeiten sich möglicherweise einstellender machtpolitischer Konflikte aufschlußreich – ein anderes Schreiben Arthur Russells an Morier vom 16. 2. 1871 folgende Passage enthält: *...Prussia now represents all that is most antagonistic to the liberal and democratic ideas of the age: military despotism, the rule of the sword, contempt for sentimental talk, indifference to human suffering, imprisonment of independent opinion, transfer by force of unwilling populations to a hateful yoke, disregard of European opinion, total want of greatness or generosity etc. etc.* Ebd., Arthur Russell an Morier (Maschinenschriftl. Kopie) vom 16. 2. 1871. Und Odo Russell klagte unter dem Datum des 9. 12. 1872: *The change that has come over the Germans is very »unerquicklich«.* *They are going for luxury and financing and no longer read their poets.* PRO FO 918/84, Odo Russell an Arthur Russell (Maschinenschriftl. Kopie) vom 9. 12. 1872. Trotz aller Klagen über die innenpolitischen Zustände im deutschen Kaiserreich und trotz der immer wieder geäußerten Befürchtungen im Hinblick auf den möglichen außenpolitischen Kurs Deutschlands in der Zukunft äußerte Botschafter Russell sich offiziell, »privat-offiziell« und privat dennoch stets beruhigt über das gegenwärtig bestehende Verhältnis zwischen England und Deutschland: *But I fear, so heißt es zwar in einem Schreiben an den Ständigen Unterstaatssekretär im Foreign Office, Hammond, am 1. 2. 1873, when they have got their money and their reorganized army they will become the «Bullies» of Europe*

eine Tendenz, die sich dann nach Bismarcks Abgang fortsetzte und zu ihrer vollen, freilich negativen Entfaltung gelangte. Bis dahin aber ist für den hier betrachteten Zeitraum durchaus von einer Normalität in der Haltung der britischen Weltmacht zum Deutschen Reich auszugehen.

Gewiß, unübersehbar und zu beachten ist, daß sich das Interesse und die Sympathie der englischen Öffentlichkeit in den siebziger Jahren immer stärker Frankreich zuwandten.<sup>41</sup> Französische Kultur und Lebensart wurden geschätzt, und dem einst bewunderten Deutschland gleichzeitig unterstellt, es habe den Geist der Philosophie und Wissenschaft der neuen Macht des Militärs und der Wirtschaft geopfert.<sup>42</sup> *Englishmen don't like Germany*, berichtet Lord Arthur Russell, Abgeordneter der liberalen Partei, am 10. Dezember 1872 seinem Bruder Odo, dem Botschafter in Berlin,<sup>43</sup> *they like Paris, and many Englishmen have friends there*. Ja, er fährt aufschlußreich fort: *Gladstone doesn't like Germans – Salisbury hates them. Derby doesn't care for them*. Allein, so entscheidend derlei Haltungen zukünftig einmal werden konnten, in den siebziger Jahren müssen solche Sympathien und Phobien auch im Rahmen jenes britischen Selbstverständnisses beurteilt werden, das sich gegenüber jeder potentiellen kontinentalen Vormacht erst einmal reserviert, kritisch und ablehnend äußerte. In diesem Sinne wurden nunmehr – fast toposartig – dem neuen Reich alle jene negativen Attribute vorgehalten wie Machtrausch, Immoralität, Geldgier und Leichtlebigkeit, mit denen das viktorianische England während der fünfziger und sechziger Jahre das Frankreich Napoleons III. verurteilt hatte.<sup>44</sup> Doch erinnern wir uns: Alle Empörung der

---

*and give advice when it is not wished for . . . Er fährt sodann jedoch fort: All things being quiet and satisfactory for the present thank God . . .* PRO FO 391/22, Odo Russell an Hammond (privat) vom 1. 2. 1873.

<sup>43</sup> Arthur Russell an Odo Russell (Maschinenschriftl. Kopie) vom 10. 12. 1872. Zur Persönlichkeit Lord Arthur Russells vgl. RAMM, Morier, S. 4 f.

<sup>44</sup> Vgl. beispielsweise Arthur Russells Äußerungen über ein Gespräch mit einem in Berlin akkreditierten niederländischen Diplomaten: *He says, luxury, ostentation, extravagant imitation of Paris are now raging in Berlin & will lead to the decay of that hardy & self controlled race of Brandenburgians . . .* Arthur Russell an Odo Russell (Maschinenschriftl. Kopie) vom 13. 9. 1871; vgl. ferner: *The liberal party in England has been grievously disappointed by the absence of all selfcontrol and moderation with which philosophical Germany gratified the passion of vindictiveness upon the French – and the blindness with which she introduces the evils & luxuries of Caesarism which have been the curse of France*. Arthur Russell an Odo Russell (Maschinenschriftl. Kopie) vom 29. (Schaltjahr!) 2. 1872. Die vorgeschlagene Interpretation, die negativen Urteile über den Zustand und die Gefährdungen des jungen Deutschen Reiches in einem nicht unerheblichen Maße auch als britische Propaganda gegenüber der neuen potentiellen Hegemonialmacht zu verstehen (wie sie davor auf Frankreich und dem vorausgehend im 16. und 17. Jahrhundert in Form der »Leyenda Negra« auf die spanische Weltmacht appliziert wurde), möchte auf keinen Fall bestreiten, daß diese Einschätzungen sicherlich auch Entsprechung in der historischen Wirklichkeit fanden und somit über ihre Funktion hinaus als geschichtliche Befunde Eigenmacht besitzen. Ebenso sind die immer wie-

Briten während des Krieges von 1870/71 über die Paris belagernden Deutschen, deren Annexionsvorhaben hinsichtlich des Elsaß' und Lothringens heftig mißbilligt wurden, vermochte schon damals Großbritannien nicht im entferntesten zu einer Intervention zu veranlassen. Lord Arthur Russell formulierte diesen Tatbestand am 12. Januar 1871 in einem Brief an Sir Robert Morier, kühl die englischen Interessen abwägend, so:<sup>45</sup> *I do not believe the transfer of so small a province in central Europe to be a sufficient English interest to plunge this country into a war with Germany.* Und es war Lady Derby, die im Sommer 1875 gleichfalls in einem Privatbrief an Sir Robert Morier, neben Odo Russell wohl der beste Deutschlandkenner des Foreign Office, die Maxime englischer Weltpolitik jener Jahre recht einfach, aber im Grunde zutreffend beschrieb:<sup>46</sup> *Let the foreigners fight it out – they won't hurt us.* Ja, was hatte sich eigentlich – nüchtern betrachtet – für Großbritannien mit der Reichsgründung verändert?

Anstelle des als mögliche Hegemonialmacht von britischer Seite aus stets argwöhnisch betrachteten Frankreich Napoleons III. hatte England es von nun an mit der potentiellen Vormachtstellung des Deutschen Reiches auf dem europäischen Kontinent zu tun. Insofern galt es, dem Kaiserreich eine vergleichsweise größere Beachtung zu schenken, als sie Preußen in den sechziger Jahren zuteil werden mußte. Zwar verfolgte Bismarck damals eine revisionistische, ja, sogar kriegerische Außenpolitik. Doch war sein Vorgehen für Großbritannien letztlich nicht gefährlich und häufig im Sinne der Gleichgewichtspolitik sogar vorteilhaft. Nunmehr stand Deutschland als neue »halb-hegemoniale« Macht Großbritannien gegenüber, und England mußte sich darum bemühen, im Rahmen normaler Beziehungen seine eigenen Interessen zu wahren. Von einem Verhältnis der *cordiality* bis zur Möglichkeit loser Entente sollte sich englischem Urteil und Wunsch zufolge die Skala der bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern erstrecken, auf jeden Fall aber würde man es versuchsweise vorziehen, Konflikte nicht konfrontierend, sondern durch Vereinbarung auszutragen.

---

der auftauchenden negativen Urteile über Bismarck, Preußen und Deutschland angemessen zu gewichten. Bislang dürften sie jedoch in der Literatur unter dem Gesichtspunkt des sich im imperialistischen Zeitalter zuspitzenden britisch-deutschen Antagonismus für den hier untersuchten Zeitraum über Gebühr betont worden sein. Ihre Existenz während der sechziger und siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts änderte nämlich vorerst kaum etwas an der außenpolitisch gelassenen Haltung Großbritanniens gegenüber Preußen und Deutschland. Sie wurden freilich sehr bedeutend, als in den folgenden Jahrzehnten kolonial-, flotten- und weltpolitische Spannungen das britisch-deutsche Verhältnis machtpolitisch belasteten.

<sup>45</sup> Arthur an Odo Russell (Maschinenschriftl. Kopie) vom 12. 1. 1871.

<sup>46</sup> BCLO, Nachlaß Morier, Lady Derby an Morier (Maschinenschriftl. Kopie) vom 13. 6. 1875.

Entscheidend für die englische Haltung zum jungen deutschen Nationalstaat blieb im Grunde, daß Bismarck auf Seemacht verzichtete, Kolonialerwerb ablehnte und niemals ernsthaft mit dem in der englischen Öffentlichkeit spukenden Gerücht einer Invasion der britischen Insel umging. Zwar spürte ein so sensibler Beobachter der deutschen Szene, wie Botschafter Odo Russell es war, daß das reiche England so manches Mal begierlich die Blicke deutscher Militärs gefesselt haben mochte, doch konnte er, für sein optimistisches Vertrauen in die Kraft der Diplomatie charakteristisch und für das zeitgenössische Deutschland zutreffend, feststellen:<sup>47</sup> *Happily, however, for the peace of the world, armies are instru-*

<sup>47</sup> PRO FO 64/748 No. 360, Odo Russell an Granville (Secret) vom 24. 12. 1872. Vgl. dazu auch das entsprechende Urteil Odo Russells über die deutsche Politik im Hinblick auf Frankreich und England in einem Privatbrief an seinen Onkel, den ehemaligen Premierminister Lord John Russell, vom 5. 5. 1873: *My dear Uncle, you ask me what the opinion in Berlin is with regard to the future of France? The universal opinion seems to be that whatever gov<sup>t</sup> follows that of Mr. Thiers and nobody pretends to guess what that will be the French nation will for the next few years be intent on preparing a war of revenge and that the rulers of France, whoever they are, will seek popularity in promoting the national wish-. For that reason the Germans think it their duty to increase and improve their military defences so as to be prepared for a second attack if it sh<sup>d</sup> come, and not be unprepared as they were from neglect after the military glories of Frederic the Great in 1806-. F. M. Moltke was asked whether his preparations for a second war were not useless since the French would be mad to attack Germany again. »And who can guarantee to me that the French will not go mad?« was the great general's reply. There is no wish whatever in Germany to interfere with the internal affairs of France, – but a second war would inevitably lead to the policy recommended by General Blücher of materially weakening France so as to ensure for ever the future peace of Europe. – In fact the so called balance of power in Europe is over, for Germany has become invincible and can turn out an army of one million men in ten days. Add to that that a real offensive & defensive alliance with Russia was established by Bismarck at the meeting of the 3 Emperors at Berlin in September last, – to which Austria must be a party if she does not want to see her German population annex itself to the great Fatherland and her Slav population side with the agents of Russia. – Hungary cannot stand alone against Russia & Germany. The wish for peace is deep and sincere in Germany and their military preparations are merely the result of prudence and forethought, the wisdom of nations. Thanks to Lord Granville's able & skilful policy our relations with Germany are very good and the new German ambassador Count Münster will contribute to keep them so. – . . . PRO FO 918/10, Odo Russell an Earl Russel (privat) vom 5. 5. 1873. In Übereinstimmung mit den und in Ergänzung der in Anmerkung 44 vorgetragenen Ausführungen sei auch an dieser Stelle noch einmal wiederholt und darauf hingewiesen, daß Odo Russell in diesen Jahren – gewiß bis zur »Krieg-in-Sicht«-Krise des Jahres 1875 – auch immer wieder sein tiefes Mißtrauen gegenüber den politischen Intentionen Bismarcks und des deutschen Kaiserreichs zum Ausdruck gebracht hat. Vgl. beispielsweise seine in der Literatur vielleicht überproportional häufig zitierte Mutmaßung über die außenpolitischen Ziele des Reichskanzlers, die er zu Beginn seines »privat-offiziellen« Briefes an seinen Pariser Botschafterkollegen Lord Lyons unter dem Datum des 14. 3. 1873 nannte: *The two great objects of Bismarck's policy are: 1. The supremacy of Germany in Europe and of the German race in the world.* LORD NEWTON, LORD LYONS: A Record of British Diplomacy, London 1913, Bd. 2, S. 41 f., neuerdings wieder angedruckt bei: J. C. G. RÖHL, From Bismarck to Hitler. The Problem of Continuity in German History, London 1970, S. 25. Mit solchen Einschätzungen hat der*

*ments in the hands of diplomacy and the statesmen of Germany earnestly desire friendship with England rather than war.*

Durchaus daran gewöhnt, mit variablen diplomatischen, politischen und militärischen Mitteln hegemonialen Anläufen und Bestrebungen kontinentaler Staaten effektiv zu begegnen, handelte Großbritannien im Zuge der »Krieg-in-Sicht«-Krise des Jahres 1875 sofort entschlossen und im *concerted movement* mit den anderen Staaten Europas.<sup>48</sup> Auch dieser Vorgang, so dramatisch er die Wochen des Frühjahrs 1875 beherrschte, erschien rückblickend schon bald als eine für England glücklich bestandene Krise, die dem neuen Reich deutlich die Grenzen seiner Macht demonstriert hatte, und von nun an stand Bismarcks Friedens- und Status quo-Politik außer Zweifel. Danach aber galt für Englands Haltung zum Deutschen Reich, was Arthur Russell selbstsicher, realistisch und von globalem Blickwinkel aus in die britische Vergangenheit und auf Englands Gegenwart schauend, so formulierte:<sup>49</sup> *We have had our full share of military and naval glory and now England has other interests to attend to, other duties: Australia, India, trade, pauper populations etc. etc. etc.* Selbst die »halb-hegemoniale« Landmacht Preußen-Deutschland rangierte innerhalb eines solchen Bezugsrahmens britischer Innen- und Weltpolitik beständig hinter den politischen und sozialen Fragen der innerbritischen Szene, denen sich das zivilisatorisch führende England in seiner glänzenden

---

Botschafter zumindest in den Jahren bis 1875 in verständlicher Unsicherheit des Urteils angesichts der Hintergründigkeit Bismarcks (gegenüber seiner Mutter, Lady William Russell, äußerte Odo Russell sich in einem Brief aus dem Versailler Hauptquartier unter dem Datum des 10. 2. 1871 folgendermaßen: »Das Dämonische« *is stronger in him than in any man I know.* PRO FO 918/85) selbst daran mitgewirkt, daß der Reichskanzler in der britischen politischen Führungsschicht und Öffentlichkeit eher mißtrauisch angesehen wurde. In diesem Sinne klagte der englische Botschafter 1881 darüber, daß er zehn Jahre lang vergeblich versucht habe, für Bismarck in England um Vertrauen zu werben. TAFFS, Odo Russell, S. 297. Noch einmal sei jedoch betont, daß alle diese – gewiß nicht zu übersehenden und zukünftig sicherlich als relevant einzuschätzenden – Mutmaßungen und Urteile eher negativer Provenienz über Bismarck und das Reich nicht darüber hinwegtäuschen dürfen, daß im hier untersuchten Zeitraum der Reichsgründung – zwischen 1865 und 1879 – die Beziehungen zwischen beiden Staaten im Grunde ungestört verliefen.

<sup>48</sup> Siehe dazu für die Motive und Ziele der britischen Politik die Studie von TAFFS, Odo Russell, S. 74 ff. Vgl. jetzt auch den im Juni 1887 aus damals aktuellem Anlaß einer Wiederaufnahme der Diskussion um die »Krieg-in-Sicht«-Krise niedergeschriebenen Bericht über die *War Scare* von Arthur Russell. Er stützt sich auf Erinnerungen des Verfassers an Unterhaltungen mit seinem Bruder, die er mit dem Botschafter während seines Besuches in Potsdam 1876 führte. PRO FO 918/80, Dokument vom 13. 6. 1887, Bl. 151–171. Siehe insgesamt zur Beurteilung der »Krieg-in-Sicht«-Krise im europäischen Zusammenhang A. HILLGRUBER, Die »Krieg-in-Sicht«-Krise 1875. Wegscheide der Politik der europäischen Großmächte in der späten Bismarck-Zeit, in: Gedenkschrift Martin Göhring. Studien zur europäischen Geschichte. Hrsgg. von E. SCHULIN, Wiesbaden 1968, S. 239 ff.

<sup>49</sup> Arthur Russell an Odo Russell (Maschinenschriftl. Kopie) vom 11. 1. 1871.

insularen Geborgenheit vornehmlich zuwandte. Kaum eine britische Regierung war im Grunde dazu bereit, sich Maß und Ziel ihrer Politik allzu stark von außenpolitischen, erst recht aber nicht von kontinentaleuropäischen Fragen vorschreiben zu lassen. Denn noch lautete die Devise:<sup>50</sup> *We must in all we do, never care in the least about continental or American opinion.* Eine solche Maxime war tatsächlich Ausdruck eines zivilisatorischen Überlegenheitsgefühls und eines daraus abgeleiteten Selbstbewußtseins, das Arthur Russell zu der zwar ironisch gemeinten, aber vielleicht doch kennzeichnenden Bemerkung veranlaßte:<sup>51</sup> *... these Germans must not forget that Lancashire is the centre of the world.* Vor diesem Hintergrund nationaler Identitätsgewißheit und stolzer Selbstsicherheit mag verständlich werden, daß wohl kaum jemand in England an führender Stelle dazu neigte, das im Grunde vorläufig saturierte und von Bismarck auf Friedenskurs gesteuerte Deutschland im Negativen wie im Positiven zu überschätzen. Selbst wenn der konservative Oppositionsführer Disraeli bis 1874 beständig klagte, das Land investiere zu viele seiner Energien in *domestic legislation* und interessiere sich zu wenig für die äußeren Belange, so hatte er doch trotz aller kontinentaleuropäischen Veränderungen im Grunde recht, als er stolz, aber angemessen bilanzierte:<sup>52</sup> *... there never was a moment in our history when the power of England was so great and her resources so vast and inexhaustible.* Im Bereich der internationalen Politik stellte Deutschlands *dazzling pre-eminence in Europe*<sup>53</sup> für Großbritannien kaum einen ernsthaft bedrohlichen Faktor dar. Das Verhältnis zum Kaiserreich war im Rahmen dessen, woran sich englische Regierungen im Umgang mit kontinentaleuropäischen Hegemonialmächten längst gewöhnt hatten, sogar im freundlichen Sinne normal.

Was aber die innenpolitische Seite des so beargwöhnten »Bismarckismus«<sup>54</sup> anging, so setzte auch hier eine Entwicklung zu einer positiveren

<sup>50</sup> Ders. an dens. (Maschinenschriftl. Kopie) vom 8. 6. 1884.

<sup>51</sup> Ders. an dens. (Maschinenschriftl. Kopie) vom 20. 12. 1872. Der episodenhafte Bericht Arthur Russells, dem dieses Zitat entnommen ist, dürfte für das Verhältnis Großbritanniens zu dem deutschen »Emporkömmling« so charakteristisch sein, daß er hier wiedergegeben sei: *This afternoon I attended a meeting of our Freetrade Conference Committee. A letter from our envoy Cartwright was read reporting that all the German liberals highly approved of the plan of holding a Freetrade Conference, but that each of them singly declared that he wd not be able to attend in London, because of the Vienna exhib, next year, and C. said that the German Freetraders suggested that instead of their coming to London we might come to Vienna!! The amusement which this impertinent proposal afforded to our Manchester liberals, was great. The disciples of Cobden are ready to admit that all men are equal, but in return these Germans must not forget that Lancashire is the centre of the world.*

<sup>52</sup> Zit. nach MEINE, England und Deutschland, S. 98 f.

<sup>53</sup> TAFFS, Odo Russell, S. 75.

<sup>54</sup> Zum Begriff des *Bismarckism* im zeitgenössischen englischen Urteil vgl. MEINE, England und Deutschland, S. 71 ff.

Beurteilung der Leistung des Reichskanzlers ein. Nach und nach wurde nämlich deutlich, um wie vieles negativer gegenüber Bismarcks Politik sich mögliche politische Alternativen im damaligen Deutschland für Großbritannien ausnehmen würden. Auf der einen Seite war das Argument nicht mehr zu übersehen, daß Bismarck gegenüber der »roten Anarchie«, die auch die englische politische Elite seit dem Aufstand der Pariser Kommune verabscheute und fürchtete, ein zuverlässiges Bollwerk darstellte.<sup>55</sup> Zum anderen wußte man in London zunehmend mehr zu würdigen, daß es der in seiner angeblich autokratischen Machtfülle stets überschätzte *Zornebock* – wie Sir Robert Morier Bismarck privat charakterisierte<sup>56</sup> – war, der die England willkommene außenpolitische Sättigung des Reiches zumindest vorläufig verkörperte. Demgegenüber wurde zunehmend klarer, daß es gerade die Nationalliberalen im neuen Reich waren, die die »Unvollendetheit« des deutschen Nationalstaates eben nicht nur durch die Großbritannien erwünschte Parlamentarisierung zu überwinden gedachten, sondern vielmehr und für England entscheidender dazu neigten, die als Makel empfundene Torsohaftigkeit des deutschen Nationalstaates auch und in erster Linie außenpolitisch durch die für Großbritannien sehr problematische Forderung nach mitteleuropäischer Arrondierung und endlich möglicherweise durch die für England nicht mehr akzeptablen Wünsche nach Flotten-, Kolonial- und Weltpolitik abzustreifen.<sup>57</sup> Hic et

<sup>55</sup> Dies betont MILLMAN, *British Foreign Policy and the Coming of the Franco-Prussian War*, S. 222. Dort heißt es beispielsweise auch: »An unprincipled Bismarck was better than a democratic Lassalle«.

<sup>56</sup> Aus einer gewissen Situationsgebundenheit heraus vielleicht noch verständlich, dürfte der englische Botschafter Lord Ampthill (= Lord Odo Russell) Bismarcks Position im Jahre 1881 insgesamt doch wohl überschätzen, wenn er am 20. 3. 1881 an Sir Robert Morier schreibt: ... *Zornebock is in great force and completely dominates the situation having inspired all classes from the very highest to the lowest with the »sogenannte Scheissangst der Deutschen«.* – *He is in excellent health, »eats for four« »and drinks like a hole« and gloats over the absolute power he has given himself. Hab meine Freude dran!!!! All the great powers bow before him and come and ask his leave before they venture to do anything! Voilà!!* ... BCLO, Nachlaß Morier, Odo Russell an Morier vom 20. 3. 1881. Zu dem Spitznamen *Zornebock* bzw. Z, mit dem Morier Bismarck belegte, vgl. RAMM, *Sir Robert Morier*, S. 7.

<sup>57</sup> Besorgt stellte Odo Russell in seinem Bericht für das Foreign Office vom 7. 2. 1874 die Frage: *Nevertheless, I must again repeat that Prince Bismarck may find it impossible in the future to complete the unity of Germany as understood by the National Party, that is mediatization of the smaller courts and the annexation of the German speaking portions of Europe – without another appeal to arms.* PRO FO 64/802, No. 67, Odo Russell an Granville (Secret) vom 7. 2. 1874, auch erwähnt bei TAFFS, *Odo Russell*, S. 68 f. In seinem Bericht an das Foreign Office vom 30. 11. 1874 spekuliert der Botschafter darüber, ob Bismarck nicht durch die in nationalliberalen Kreisen populäre Forderung nach einer Einverleibung Deutsch-Österreichs ins Reich zu einem neuen Krieg – und zwar gegen die Habsburger Monarchie und nicht gegen Frankreich – gezwungen werden könne *for the consolidation and completion of German unity.* PRO FO 64/807, No. 313. Odo Russell an Derby vom 30. 11. 1874 (Confidential). Vgl. auch

nunc entschied sich die britische Politik dafür, den innenpolitischen Status quo im Reich hinzunehmen und dafür das Ergebnis der außenpolitischen

---

die wohl von Botschafter Russells Stellvertreter Adams 1874 (?) verfaßte Stellungnahme über »The ideas of a German ›Old liberal‹«, die mit der Frage schließt: *The aspirations of the great national party in Germany should also be taken into account. Their programme is the completion of German unity before everything else. Will they be satisfied with anything less than the annexation of all the territory inhabited by German-speaking people?* PRO FO 918/13, The ideas of a German »Old liberal«. Wurde auch über mögliche flotten- und kolonialpolitische Ambitionen des Deutschen Reiches während dieser Jahre in der englischen Öffentlichkeit ebenso wie in britischen diplomatischen und politischen Kreisen durchaus schon gemutmaßt und war dabei eine gewisse Unsicherheit in der Beurteilung der in Deutschland anklingenden Forderungen kaum zu übersehen, so gab es doch an der Flotten- und Kolonialpolitik ablehnenden Haltung Bismarcks kaum einen Zweifel bei der Mehrzahl der politischen Repräsentanten Englands. MEINE, England und Deutschland, S. 84 f. – Näher zu betrachten wäre an dieser Stelle auch jene Parallelität der englischen Haltung zur deutschen Reichseinigung, die sich zwischen dem hier untersuchten Zeitraum der sechziger und siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts einerseits und den Jahren 1848/50 andererseits beobachten läßt. Damals war die britische Reaktion ja auch keineswegs von vornherein negativ bestimmt. Im Gegenteil: Sie schien eher positiv, war in jedem Fall abwartend und schlug erst ins Negative um, als die Schleswig-Holstein-Frage akut und das Flottenbauprogramm der Paulskirche sichtbar wurden. Wie der Umschwung der britischen Politik gegenüber dem Deutschen Reich im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert durch – die vor allem von den Nationalliberalen geforderten – flotten- und kolonialpolitischen Aktionen und Pläne des deutschen Kaiserreichs eingeleitet wurde, so waren es auch bereits 1848/50 ähnliche Forderungen liberaler Provenienz, die die negative Reaktion Großbritanniens hervorriefen. Rückt man diesen Sachverhalt in eine – das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik im Zusammenhang mit den Möglichkeiten deutscher Reichsgründung einerseits und den Optionen englischer Europa- und Deutschlandpolitik andererseits betrachtende – Perspektive, so gelangt man – zugespitzt formuliert – zu folgendem, erst einmal paradox anmutenden Ergebnis im Hinblick auf den Verlauf der englisch-deutschen Beziehungen im 19. Jahrhundert: Der innenpolitisch begründeten Ablehnung Bismarcks durch die Mehrheit der englischen Führungsschicht korrespondiert die außenpolitisch unübersehbare Tatsache, daß wohl allein Bismarcks »von oben« vollzogene, kleindeutsche Reichsgründung für Großbritanniens Welt- und Europapolitik die einzig annehmbare Möglichkeit einer deutschen Einigung darstellte. Denn die parlamentarische Lösung der in Deutschland damals anstehenden Fragen nach den Formen der Verfassung und des Nationalstaates, die Großbritannien unter innenpolitisch-weltanschaulichem Aspekt so willkommen gewesen wäre, hätte eben jene seit 1848/50 vorhandenen (national-)liberalen Forderungen auf außenpolitischem Gebiet zum Tragen gebracht, die für Englands Interessen im außenpolitischen und internationalen Feld nur schwer bzw. kaum akzeptabel waren. Im Gegensatz zu der für Großbritannien außenpolitisch wahrscheinlich »unmöglichen« Alternative liberal gestalteter Reichsgründung, deren verfassungsmäßige Ziele britischen Vorstellungen freilich sehr entgegenkamen, bot mithin wohl allein die monarchisch-konstitutionelle Lösung Bismarcks jene außenpolitische Begrenzung des Reiches, die für Großbritannien und Europa gerade noch ertragbar erschien – wenn auch ihre Vorläufigkeit aufgrund der nicht zuletzt von liberaler Seite aus immer wieder beklagten konstitutionellen, aber eben auch außenpolitischen »Unvollendetheit« dabei nicht zu übersehen ist. Vgl. dazu auch die vor kurzem veröffentlichte Kölner Habilitationsschrift von G. WOLLSTEIN, Das »Großdeutschland« der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49, Düsseldorf 1977. – Der Verf. möchte an dieser Stelle für Anregungen danken, die er durch einen regelmäßigen Gedankenaustausch über manche der hier erörterten Probleme mit Professor Dr. A. Hillgruber (Köln) bekommen hat.

Ruhe zu genießen, und sie zeigte sich der weltanschaulich favorisierten liberalen Partei angesichts ihrer Forderungen auf außenpolitischem Gebiet gegenüber reservierter. Solange Bismarck regierte, so erschien es Lord Odo Russell, würde zwischen beiden Staaten ein *frank and cordial understanding*<sup>58</sup> herrschen.

Dabei übersah der britische Botschafter zu keiner Zeit die zukünftig möglicherweise auch für England nachteiligen Folgen, die aus dem in Deutschland mehr und mehr sich ausbreitenden *military spirit*<sup>59</sup> erwachsen konnten, die aus den ungelösten Verwerfungen des Sozial- und Verfassungsgefüges hervorzubrechen vermochten und die mit dem latent stets vorhandenen Hegemonialstreben des Reiches verbunden sein mochten.<sup>60</sup> Für die gegenwärtige britische Politik blieb jedoch entscheidend, daß Bis-

<sup>58</sup> Odo Russell an Lord Derby vom 3. 1. 1876, zit. nach TAFFS, Odo Russell, S. 122.

<sup>59</sup> Arthur Russell an Odo Russell (Maschinenschriftl. Kopie) vom 3. 3. 1871: *The military spirit has become too strong among them.*

<sup>60</sup> Bereits einer der Vorgänger Odo Russells auf dem Berliner Botschafterposten, Sir Andrew Buchanan, berichtete im Sommer 1864 über das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik in Preußen mit einer Bismarck zugeschriebenen Bemerkung zum Problem von innerer Revolution und äußerem Krieg folgendermaßen: *He [= Bismarck] said he was not afraid of these eventualities [= Krieg mit Europa und Großbritannien], that it was better for Prussia to incur any risks from a foreign enemy than from revolutionary movements in Germany, and that while France remained neutral, which he felt assured she would do, it would be wiser to accept foreign than domestic war.* Buchanan an Außenminister Lord John Russell vom 18. 6. 1864, abgedruckt bei VALENTIN, Bismarcks Reichsgründung, Anhang Dokument Nr. XXIII, S. 521. Einen guten Einblick in die angeblich auch innenpolitisch, nämlich sozial und wirtschaftlich mitbedingte Kriegsanfälligkeit des neuen Reiches, die Botschafter Odo Russell zu konstatieren können glaubte, ohne in diesem Zusammenhang das von ihm als entscheidend gewertete Motiv der »Unvollendetheit« des deutschen Nationalstaates zu übersehen, vermittelt der Bericht des englischen Diplomaten vom 9. 1. 1874: *I quite agree with General Walker [= Generalmajor Walker, britischer Militärattaché in Berlin] in thinking that there is no intention of going to war at present however angry the tone assumed towards France by ministers and military men, or by the official press may be: – Say what they will, there is no necessity for a war of defence, and no excuse for a war of aggression . . . But while I share General Walker's confidence in the present maintenance of peace, I do not feel sure of the future. To my mind, the danger will grow out of the national temptation to complete with so invincible an army the unification of the German-speaking population of Europe under one head: – and besides the patriotic aspirations of the people to realize their national ideal of unity it should not be forgotten that unfortunately for other nations, war has proved to be a profitable business to those who carry it on with a military system like that of Prussia. The Prussians have not only tasted glory, they have also tasted money: – Their glory has been crowned with wealth: From a poor kingdom Prussia has become a rich empire. From needy younger sons, their generals have become wealthy landowners having invested their war dotations in landed estates with titles of nobility . . . Such, and many other examples fire the ambition of the rising generation of officers, – whilst the financial world, – so powerful in modern Germany, – would not object to another war indemnity, of five milliards to revel once more in the delights of sensational speculation. Military glory and sudden wealth have not, I fear, improved the character, or satisfied the ambition of the Prussians.* PRO FO 64/801, Odo Russell an Granville (Secret) vom 9. 1. 1874; erwähnt wird das Dokument auch bei TAFFS, Odo Russell, S. 67.

marck bis zum Anfang der achtziger Jahre als Garant der maritimen und weltpolitischen Abstinenz des Deutschen Reiches galt, daß er die europäische Friedensordnung als im großen und ganzen legitim anerkannte, und daß für sich möglicherweise einstellende Hegemonialabsichten des Reiches die Balance von seiten Frankreichs und Rußlands britischen Interessen zugute kam.<sup>61</sup>

Alle englischen Urteile über das Deutsche Reich und den europäischen Kontinent gewinnen aber letztlich ihre Kontur, wenn man sich vor Augen führt, wie groß die Machtfülle und wie ungebrochen die Selbstsicherheit britischer Regierungen im hier betrachteten Zeitraum der Reichsgründung noch waren: *England alone remains unconquered and unconquerable with her neutrality, her fleet and her freedom*, so kontrastierte Botschafter Odo Russell Englands Position gegenüber Bismarcks Deutschland und fuhr in seinem Bericht an das Foreign Office vom 30. Oktober 1872, in dem er einen von deutscher Seite aus vorbereiteten Krieg gegen Frankreich prognostizierte, stolz fort:<sup>62</sup> *Three black spots on his [=Bismarcks] horizon. Her neutrality, because it might again prove benevolent to France, – her fleet, because Germany has none to rival it, her freedom, because the example of freedom so near Germany is fatal to the rule of blood and iron.*

Fassen wir unsere Überlegungen abschließend so zusammen: Englische Beobachter wie Lord Odo Russell oder Sir Robert Morier erkannten durchaus die – möglicherweise eine folgenschwere Zukunftslosigkeit für das Deutsche Reich mit sich bringenden – fatalen Belastungen dieser ausschließlich europäischen Großmacht. Denn dem eigenen Selbstverständnis gemäß mußte sie zukünftig wohl dazu übergehen, Weltpolitik zu treiben, wenn sie nach ihrer vergleichsweise spät vollzogenen Einigung überhaupt noch mit den führenden Mächten konkurrieren wollte. Eine solche Expansion würde jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit zu internationalen Konflikten führen. Dennoch kann man für den Zeitraum der Reichsgrün-

<sup>61</sup> Vgl. dazu Arthur Russells Einschätzung der internationalen Lage im Februar 1871: W. C. [= William Cornwallis Cartwright, liberaler Abgeordneter (1868–1885), reicher Großgrundbesitzer, Mitglied des Cosmopolitan Club; siehe dazu RAMM, Morier, S. 4 f.] *who comes straight from Berlin tells us that all political men expect a war with Russia in a few years. Great military states fight their neighbours now & then, by a law of their existence, France of course, will work day & night for an intimate alliance with Russia henceforth – All Russian society is French – the Czar alone is Prussian.* Arthur Russell an Odo Russell (Maschinenschriftl. Kopie) vom 11. 2. 1871.

<sup>62</sup> PRO FO 64/747, No 285, Odo Russell an Granville, (Secret and Confidential) vom 30. 12. 1872. Vgl. dazu auch das Urteil der »Saturday Review« vom 29. Juli 1876, das den auf englischer Seite vorherrschenden Eindruck des zivilisatorischen Abstandes zwischen beiden Ländern deutlich werden läßt: *The Germans have got in them the stuff out of which civilized nations are formed; but at present they are not forward enough to rival nations which, like England and France and Italy, have an old civilization.* Zit. nach MEINE, England und Deutschland, S. 205.

dungsära in den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts mit Sicherheit ausschließen, daß der deutsche Nationalstaat a priori aufgrund seiner wirtschaftlichen, demographischen und machtpolitischen Möglichkeiten oder gar aufgrund seiner vom britischen Parlamentarismus sich abhebenden innenpolitischen Verfaßtheit mit den *British Interests* unvereinbar gewesen sei. Im Gegenteil: Es mag deutlich geworden sein, daß Großbritanniens Haltung gegenüber Preußen, sodann gegenüber dem Deutschen Reich als normal gekennzeichnet werden kann, keineswegs aber ein prinzipiell oder tatsächlich unverträgliches Verhältnis herrschte. Trotz aller auch englischen Politikern und Diplomaten damals nicht verborgen gebliebenen und auch für England zukünftig möglicherweise einmal verhängnisvoll sich auswirkenden innenpolitischen Tendenzen und Strömungen, die Bismarcks Friedenspolitik latent gefährdeten, war es letztlich doch kaum die Übermacht gesellschaftlicher oder internationaler Systemzwänge,<sup>63</sup> sondern es waren vielmehr politische Entscheidungen, die das englisch-deutsche Verhältnis in den achtziger Jahren erstmals ernsthaft belasteten und die es danach während der Wilhelminischen Zeit mehr und mehr in negative Bahnen einmünden ließen. Im Sinne einer solchen für politische Gestaltung vergleichsweise offenen Haltung Englands gegenüber dem deutschen Nationalstaat hatte man unter dem Datum des 7. September 1876 in der »Times« lesen können:<sup>64</sup> *We have no jealousy of the new Empire. Within its own bounds we wish it every success. But we feel that an enormous power for good or for evil has risen up somewhat suddenly in the midst of us, and we watch with interested attention for signs of its character and intentions.*

<sup>63</sup> Siehe dazu GALL, Bismarck und England.

<sup>64</sup> Zit. nach MEINE, England und Deutschland, S. 205.